

ÜBERSICHT				
Weg von RWE, Eon & Co. Die Stromerzeugung und die Weiterleitung zum Endkunden lassen sich die Stromkonzerne in Deutschland teuer bezahlen. Zu teuer, meinen viele Kommunen und nehmen die Energieversorgung wieder in die eigene Hand. ► Seite 2	Einsam statt gemeinsam CDU, CSU und FDP haben das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung zu Grabe getragen. Künftige Kostensteigerungen werden ausschließlich die Versicherten bezahlen. Die Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren. ► Seite 3	Protest wächst Die geplante Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung wird die Kommunen handlungsunfähig und ihre Bürger zur Manövriermasse privater Dienstleister machen. Dagegen regt sich massiver Protest. ► Seiten 4/5	Keine Wahl Eine Schwedin kann in Deutschland bereits nach drei Monaten ihr Kommunalparlament wählen, eine Norwegerin darf dies auch nach Jahrzehnten in der Gemeinde nicht. Die Gründe für diese Ungleichbehandlung stehen auf ► Seite 6	Ungerechte Schule Regelmäßig fällt das deutsche Schulsystem bei Vergleichstests durch. Trotz fehlender Chancengleichheit und schlechter Ergebnisse halten CDU und FDP weiter an dem ungerechten dreigliedrigen System fest. ► Seite 7



Andreas Müller, Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN Main-Kinzig



Prof. Dr. em. Ursula Schumm-Garling, Sozialwissenschaftlerin



Franziska Blendin, Sozialassistentin



Prof. Dr. em. Frank Deppe, Politikwissenschaftler



Dieter Hooge, ehem. Landesvorsitzender des DGB Hessen



Kai Boeddinghaus, Stadtverordneter der LINKEN in Kassel



Giulietta Bender, AStA TU Darmstadt



Lothar Reininger, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Frankfurter Römer



Yildiz Köremezli, Stadtverordnete der LINKEN im Frankfurter Römer



Prof. Dr. Franz Segbers, Professor für Sozialethik an der Universität Marburg

Für ein soziales und gerechtes Hessen — Wir sagen Nein zur Schuldenbremse



Carmen Thiele, stellv. Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Frankfurter Römer



Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen



Henning Köster, Lehrer an einer Gesamtschule



Axel Gerntke, Gewerkschaftssekretär



Sibylle Lust, Gewerkschaftssekretärin



Sebastian Ankebrand, Landes-ASten-Konferenz



Margarete Wiemer, Betriebsratsvorsitzende des Klinikums Frankfurt Höchst



Klemens Himpele, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler



Michael Erhardt, erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstellen Frankfurt und Wiesbaden-Limburg



Öffentliche Unternehmen sind besser und wirtschaftlicher

Viele Jahre wurden Stadtwerke und öffentliche Betriebe an private Unternehmen verkauft – jetzt herrscht vielerorts Ernüchterung. Die Behauptung, dass private Unternehmen öffentliche Aufgaben besser erledigen können, hat nie gestimmt. Jetzt zeigt sich: Preise und Gebühren sind gestiegen, der Service hat sich verschlechtert, die Einnahmen für die kommunalen Haushalte sind geschrumpft. Und die demokratisch gewählten Vertretungen verlieren die Kontrolle über bislang öffentliche Aufgaben – die Demokratie nimmt ab.

Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und –entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht die Profitwünsche privater Kapitalgeigner erfüllen.

Öffentliche Unternehmen und öffentliches Eigentum bieten die Chance demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger. Zum Beispiel, wenn die Strompreise gesenkt oder erneuerbare Energien ausgebaut werden sollen.

Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende, DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag



Wachsenden Reichtum im Interesse aller nutzen

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Allein 360 Millionen Euro streicht die Landesregierung von CDU und FDP den hessischen Kommunen in diesem und für alle weiteren Jahre.

Den angeblichen „Sachzwängen“ darf man sich nicht unterwerfen. Geld ist genug da – mit einem gerechten Steuersystem, bei dem die Banken, die Reichen und die Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten werden. Damit könnten Investitionen für mehr Lehrerinnen oder eine kostenlose Kinderbetreuung problemlos finanziert werden.

DIE LINKE versagt keinem einzigen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, die Zustimmung, weil vorgeblich kein Geld da ist. Wer aber die finanzielle Not von Land und Kommunen beseitigen will, muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei der der Reichtum in wenigen Händen angehäuft wird, während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden.

Dr. Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag

Der schwarz-gelbe Atom-Deal – Ein schmutziges Geschäft und eine Bedrohung für die Bevölkerung

76 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne verschafft der Atomdeal der schwarz-gelben Bundesregierung den vier Stromkonzernen E.On, RWE, EnBW und Vattenfall in den kommenden Jahren.

Die Energiekonzerne dürfen ihre sieben alten Atomkraftwerke (AKW) – darunter die beiden Reaktoren in Biblis – weitere acht Jahre, ihre zehn neuen AKWs sogar zusätzliche 14 Jahre betreiben. Abhängig von der Entwicklung des Strompreises erhöhen sich die Profite der Energiekonzerne durch diese Laufzeitverlängerung um 76 bis 100 Milliarden Euro. Im Gegenzug müssen die Energiegiganten von 2011 bis 2016 jährlich schätzungsweise 1,8 Milliarden Euro an sogenannter Brennelementesteuer zahlen. Hinzu kommt eine Sonderabgabe von insgesamt 16,2 Milliarden Euro in den nächsten Jahrzehnten. Diese Abgabe verringert sich um den Betrag, den der AKW-Betreiber über 500 Millionen Euro hinaus in die Sicherheit investiert. Die Abgabe entfällt gänzlich, sobald eine neue Regierung die Laufzeitverlängerung zurücknimmt.

Stromkonzerne diktieren Regierung ihre Bedingungen

Der Vertrag liest sich wie ein Diktat der Industrie an die Regierung. Die Bevölkerung bleibt den Gefahren der Atomkraft noch jahrelang ausgeliefert und muss die milliardenschweren Profite der Konzerne mit der Stromrechnung bezahlen.



Schwere Sicherheitsmängel in Biblis

Die Reaktoren in Biblis sind mit über 800 meldepflichtigen Störfällen die ältesten und die unsichersten Schrottreaktoren in Deutschland. Mindestens 80 sicherheitstechnische Mängel beim Atomkraftwerk Biblis, Block B, kritisiert

ein Gutachten, das das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hat. Das Öko-Institut sieht Schwachstellen beim Notstandssystem, es fehlt eine zwingend vorgeschriebene Notstandswarte außerhalb des Kraftwerksbereichs. Die Reaktorhülle hielte einem Flugzeugabsturz nicht stand.

Weiter bemängelt werden veraltete Materialien und mangelnder Schutz gegen Erdbeben und Überflutungen.

Das Atomkraftwerk Biblis entspricht nicht dem heutigen Stand der Technik. Bürgerinitiativen und DIE LINKE fordern die sofortige Stilllegung der beiden Reaktoren.



„Atomkraft abschalten“ – DemonstrantInnen vor dem Atomkraftwerk Biblis im Frühjahr 2010. © D. Treber

Erneuerbare Energie in Bürgerhand

Immer mehr Städte in Hessen nehmen die Energieversorgung wieder in die eigene Hand und produzieren sauberen Strom. Erneuerbare Energie lohnt sich: eine 5000-Einwohner-Gemeinde spart 400.000 Euro an Energiekosten. Zusätzlich nimmt sie 760.000 Euro mehr ein – durch den Verkauf von selbsterzeugtem Strom und Wärme und durch die neuen Arbeitsplätze, die am Ort entstehen und die Steuereinnahmen erhöhen (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung IÖW, 2010).

RÜSSELSHEIM

Die Stadt Rüsselsheim hat das städtische Stromnetz vom bisherigen Versorger, der ÜWG, zurückgekauft. Seit Dezember 2009 betreiben die Stadtwerke das Stromnetz und die Straßenbeleuchtung selbst und erwarten dadurch einen jährlichen Gewinn von 300.000 Euro.

BREUBERG, RAI-BREITENBACH

Das 900-Einwohnerdorf im Odenwald hat seine Energieversorgung auf Biomasse umgestellt. Eine Genossenschaft, die 150 Grundbesitzer im Dorf gegründet haben, betreibt ein Blockheizkraftwerk und produziert Strom und Wärme. Das dorfeigene Kraftwerk ist seit August 2008 in Betrieb und spart den Einwohnern 650.000 Liter Heizöl im Jahr.

WOLFHAGEN

Die Stadt ist ein Vorreiter in Hessen in Sachen zukunfts-fähige Stromversorgung. Wolfhagen hat vor zwei Jahren das städtische Stromnetz von E.On zurückgekauft. Jetzt wird Strom aus Wasserkraft verkauft. Bis 2015 will sich die 13.000-Einwohnerstadt komplett mit eigenem Strom aus Windkraft, Solaranlagen und Biomassekraftwerken versorgen.

IDSTEINER LAND

Im Idsteiner Land planen mehrere Städte und Gemeinden, gemeinsam das Stromnetz zu übernehmen. Die Verträge mit dem bisherigen Betreiber SÜWAG laufen in den kommenden beiden Jahren aus. Idstein, Hofheim am Taunus und Bad Camberg sowie die Gemeinden Hünstetten, Aarbergen und Waldems wollen dazu ein gemeinsames Stromversorgungsunternehmen gründen.

BAD VILBEL

Hier wurde bereits vor neun Jahren das Stromnetz im Stadtgebiet – mit Ausnahme des Ortsteils Gronau – in städtisches Eigentum übernommen.

5 Argumente gegen Atomkraft

Atomkraft ist gefährlich

Alleine die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Ukraine 1986 hat bis heute mindestens 70.000 Todesopfer gefordert. Ein Gebiet von der doppelten Größe Hessens ist für Generationen unbewohnbar. Eine Havarie eines der Atommeiler in Biblis, ähnlich wie in Tschernobyl, würde mehrere hunderttausend Menschen das Leben kosten.

Atomkraft ist nicht klimafreundlich

Für jede Kilowattstunde Atomstrom werden je nach Herkunft des Urans zwischen 32 und 126 Gramm des Klimagases Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Bei Windenergie sind es nur rund 24 Gramm CO₂.

Atomstrom ist nicht billig

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Atomenergie seit den 1950er Jahren mit nahezu 100 Mrd. Euro Steuergeldern unterstützt – den Nutzen haben heute die großen Stromkonzerne. Würde auf Atomkraft die gleichen Steuern und Abgaben erhoben und eine deckende Haftpflicht verlangt, wie dies z.B. für Heizöl- und Windenergieanlagen der Fall ist, wäre Atomstrom unbezahlbar.

Atomkraft ist nicht zukunftsfähig

Die derzeit bekannten Uran-Reserven reichen beim heutigen Verbrauch noch 40 bis 50 Jahre. Genau wie Erdöl muss jedes Kilo Uran aus dem Ausland eingeführt werden.

Es gibt kein sicheres Endlager für den Atom Müll

Seit Jahrzehnten wird in Deutschland für jetzt 6.000 Tonnen hochradioaktive Abfälle ein Endlager gesucht. Jedes Jahr Laufzeitverlängerung erzeugt zusätzlich rund 420 Tonnen radioaktive Abfälle – auf der ganzen Welt weiß niemand, wohin damit.



© Christian Schwier; www.fotolia.com

Kostenlose Kinderbetreuung ist Investition in die Zukunft

DIE LINKE fordert mehr Erzieherinnen und Erzieher / Zwei qualifizierte Vollzeitkräfte je Kita-Gruppe

Kitas, Kindergärten oder Tagespflege – seit Jahrzehnten wurde die Kinderbetreuung auch in Hessen vernachlässigt. Einen Krippenplatz für unter Dreijährige zu finden, ist in vielen Regionen so, wie einen Sechser im Lotto zu haben. Mütter und Väter müssen für die Kinderbetreuung immer tiefer in die Tasche greifen. Und während sie zur Kasse gebeten werden, entzieht sich der Staat seiner Verantwortung. Das Resultat sind zu große Gruppen, fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten, fehlende Instandhaltungsarbeiten, starre Öffnungszeiten.

Bundesweit wurde vereinbart, jedem Kind einen KITA- oder Kindergartenplatz zu sichern – aber erst ab 2013. Bei der derzeitigen Finanznot der Städte und Gemeinden, die diese Vereinbarung umsetzen müssen, steht selbst dieses Ziel in Frage. Dass es möglich ist, zeigt das Land Rheinland-Pfalz, wo seit 2009 Kindergartenplätze kostenfrei sind – auch für Kinder unter 3 Jahren.

Kinderbetreuung ist ein soziales Recht für Eltern und Kinder. Gute Kinderkrippen und Kindergärten helfen, Kinder zu bilden und zu erziehen.

Sie sind Orte des sozialen Lernens, gemeinsamen Spielens und Entdeckens. Sie können am Abbau sozialer Ungleichheit mitwirken, und sie sind für viele Kinder das Tor in die Gesellschaft.

Eine bessere Betreuung für Kinder von arbeitenden Frauen führt zu mehr Erwerbstätigkeit und zu mehr Geburten. Dies hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgefunden. Dagegen würde eine weitere Erhöhung des Kindergeldes allein die Geburtenrate nur gering erhöhen.

Die Linksfraktion in Hessen fordert eine „Qualitätsoffensive Kinderbetreuung“ und hatte beantragt, dafür 180 Millionen Euro in den Landeshaushalt einzustellen. Damit soll durch die Einstellung von mehr Erzieherinnen und Erziehern vor allem die Gruppengröße verringert werden. Ziel ist die Betreuung einer Gruppe von höchstens 20 Kindern durch zwei qualifizierte Vollzeitkräfte. In einem ersten Schritt wären hierfür mindestens 7.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher notwendig. CDU und FDP lehnten den Antrag ab.

Gesundheit ist keine Ware

Zusatzbeiträge bis 2020 voraussichtlich bei 100 Euro

CDU, CSU und FDP tragen die Solidarität in der Gesundheitsversorgung zu Grabe. Kostensteigerungen werden ab 2011 allein den Versicherten aufgebürdet – in Form von Zusatzbeiträgen. Die Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenversicherung werden eingefroren. Nutznießer der im November im Bundestag beschlossenen Einführung der so genannten „Kopfpauschale“ durch die Hintertür sind private Krankenversicherungen, Arbeitgeber und Pharmaunternehmen.

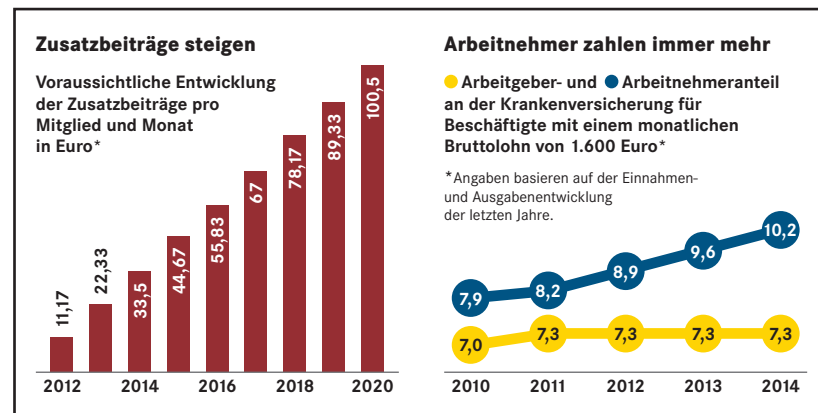
Die Einführung der Kopfpauschale – als pauschale Zusatzbeiträge – ist eine Zeitbombe. 2011 kommen die meisten Kassen wegen der erhöhten Beiträge vermutlich ohne Zusatzbeiträge aus. Bis 2020 werden die Zusatzbeiträge voraussichtlich auf 100 Euro

im Monat klettern. Zahlen müssen diese der Hausmeister und die Sekretärin genauso wie ihre Chefin.

Parität wieder herstellen!

Es gibt Alternativen zu der von Union und FDP angestrebten Kopfpauschale. Das prognostizierte Milliardenloch der Krankenkassen kann durch soziale und gerechte Sofortmaßnahmen gestopft werden – beispielsweise dadurch, dass die Arbeitgeber wieder genauso viel zahlen wie die Beschäftigten heute.

DIE LINKE steht für ein solidarisches Gesundheitssystem und eine hochwertige Versorgung für alle – unabhängig vom Geldbeutel. Alle, auch die heute privat Versicherten, zah-



© DIE LINKE. im Bundestag

len entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Gewinnen sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen ein. Wer wenig hat, zahlt wenig. Wer mehr hat, zahlt mehr.

Die Probleme in der Gesundheitsversorgung werden durch Privatisierung nicht verbessert, sondern

verschlimmert. Beispielhaft sind die Mängel im Hygienebereich, wie aktuell im Klinikum Fulda. Etwa die Hälfte der Verstöße gegen Hygienestandards sind der Arbeitsüberlastung des klinischen Personals geschuldet. Dies wiederum ist die Folge von massivem Personalabbau.

Kommentar:



Marjana Schott

Die Bundesregierung will die Hartz-IV-Regelsätze um fünf Euro anheben. Gleichzeitig streicht sie die Rentenbeiträge, das Elterngeld und das Übergangsgeld. CDU/CSU und FDP

Hartz IV spielt Arbeitslose und Erwerbstätige gegeneinander aus

setzen den Grundgedanken der Agenda-2010-Politik von SPD und Grünen fort: Mit Hartz IV werden Arbeitslose und Geringverdienende gegeneinander ausgespielt.

Je niedriger die Regelsätze sind, desto größer ist die Angst der Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit. Mit dieser Angst steigt die Bereitschaft, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Dadurch sinken die Arbeitslöhne.

Je niedriger die Löhne sind, desto geringer fallen auch die Hartz-IV-Re-

gelsätze aus. Einerseits lässt die Bundesregierung Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Armutslöhnen schuften, weil sie ihnen einen gesetzlichen Mindestlohn verweigert. Andererseits benutzt sie zur Berechnung der Hartz-IV-Sätze diese Menschen, um zu begründen, weshalb sie die Regelsätze nicht stärker erhöht. Ein Kreislauf, der zu immer größerer Armut führt.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, müssen erwerbslose und arbei-

tende Menschen gemeinsam kämpfen: Für eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Für neue und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Deshalb fordern wir die Umwandlung aller rund 10.000 Ein-Euro-Jobs in Hessen in sozialversicherungspflichtige und tarifvertraglich bezahlte Arbeitsverhältnisse.

Marjana Schott ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag.

Reiche kommen gut durch die Krise...

Weltweit sind die Reichen trotz Wirtschaftskrise noch reicher geworden. Zusammen besitzen jene rund zehn Millionen Menschen, die ein Geldvermögen von mehr als einer Million US-Dollar haben, ein Vermögen von 39.000 Milliarden Euro. Das ist fast ein Fünftel mehr als ein Jahr zuvor. Auch in Deutschland stieg die Zahl der Millionäre um 51.000.

... Arbeiter und Angestellte nicht

Seit Beginn der Wirtschaftskrise haben laut einer DGB-Studie mehr als drei Millionen Menschen in Deutschland ihren Job verloren. Von Oktober 2008 bis September 2009 musste sich jeder neunte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeitslos melden. Besonders betroffen waren Leiharbeitskräfte: Zehntausende der rund 800.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter haben in den vergangenen beiden Jahren zwischenzeitlich ihren Arbeitsplatz verloren. Drei Millionen Haushalte sind überschuldet. Die Zahl der Privatsolvenzen stieg im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent auf 110.000.

Immer mehr Niedriglöhnerinnen in Hessen

In Hessen erhalten immer mehr Menschen, vor allem Frauen, Niedriglöhne. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung, die ver.di Hessen und der DGB Hessen-Thüringen in Auftrag gegeben haben.

DGB-Chef Körzell: „Jeder fünfte Beschäftigte in Hessen arbeitet in einem Niedriglohnverhältnis, Niedriglohnbeschäftigung breitet sich aus wie ein Krebsgeschwür. Mitte der 1990er Jahre hatte der hessische Niedriglohnsektor noch eine Größe von 12 Prozent, aktuell sind es über 20 Prozent. Es sind vor allem die Minijobs: 90 Prozent aller Minijobs werden mit Niedriglöhnen bezahlt.“

Wirksames Gegenmittel sei ein gesetzlicher Mindestlohn für alle – hier müsse die hessische Landesregierung ihre Blockadehaltung aufgeben und im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzesantrag einbringen. Auch bei der Leiharbeit müsse, so ver.di Landesvorsitzender Jürgen Bothner, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verwirklicht werden.

DIE LINKE hatte bereits 2009 einen Gesetzentwurf für ein hessisches Vergabegesetz in den Landtag eingebracht, das Tariflöhne stärken und Dumpinglöhne zurückdrängen soll.

Das Beispiel Wiesbaden zeigt: Ein-Euro-Jobs helfen nicht

Von 43 Menschen, die bei der Stadt Wiesbaden einen Ein-Euro-Job gemacht haben, konnte nur ein Einziger in eine feste Anstellung vermittelt werden. 42 bleiben weiter arbeitslos. Das berichtet die Linke Liste Wiesbaden.

Anhand des konkreten Beispiels der Optionskommune Wiesbaden wird deutlich, wie berechtigt die seit langem von der LINKEN und zuletzt auch vom Bundesrechnungshof geübte Kritik an den Ein-Euro-Jobs ist. In Wiesbaden haben Hartz-IV-Bezieher in 3.117 Einzelmaßnahmen gearbeitet. Das Ziel, diese Menschen in eine feste Beschäftigung zu bringen, ist gescheitert. Nicht einmal 3 von 100 Arbeitslosen konnte so ein dauerhafter Arbeitsplatz verschafft werden. Häufig verdrängen die Ein-Euro-Jobs auch noch reguläre Arbeitsplätze.

IMPRESSUM:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel. 0611 - 350 60 90, Fax 0611 - 350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de
Redaktion: Jörg Cezanne, Kay Lejko,
Jasmin Romfeld, Bernd Schmid
Realisation: medien produktion & Design,
Runkel
Lithografie: Con Composition GmbH
Druck: Gießener Anzeiger
Verlags GmbH & Co KG

Warum wir gegen die Schuldenbremse sind

„Die Schuldenbremse ruiniert auch die lokale Ökonomie, weil unter anderem das Handwerk unter ausbleibenden kommunalen Aufträgen zu leiden hat.“

Kai Boeddinghaus, Stadtverordneter der LINKEN in Kassel

„Profiteure der Staatsverschuldung sind die Reichen und Unternehmen: Der Staat senkt ihnen die Steuern und verzichtet somit auf notwendige Einnahmen. Anschließend leiht er sich das nötige Geld bei eben diesen zu hohen Zinsen, macht sie durch diese Zinszahlungen noch reicher und die Haushaltslöcher noch tiefer. Arbeitslose, Rentner, Gering- und Normalverdiener bezahlen mit ihren Steuern und Abgaben die Zinszahlungen an die Reichen. Der Staat ‚dankt‘ es ihnen, indem er Leistungen des Staates kürzt und an Bildung, Schulen, Altersheimen oder Schwimmbädern spart. Die Schuldenbremse treibt diese Umverteilung von unten nach oben an und macht den Staat arm.“

Dr. Franz Segbers, Professor für Sozialethik, Universität Marburg

„Als Lehrer weiß ich, welche Bedeutung Bewegung und Sport für junge Menschen haben. Schon jetzt fehlen in Marburg zwei Schulsporthallen und ein Schwimmbcken. Andere Hallen haben massiven Renovierungsbedarf. Viele Sportstunden fallen aus. Die Schuldenbremse verhindert kommunale Investitionen auch für die junge Generation.“

Henning Köster, Lehrer an einer Gesamtschule

„Die Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung ist ein Blankoscheck für die Landesregierung, um insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich Leistungen abzubauen oder für die Bürgerinnen und Bürger massiv zu verteuern. Damit verbunden ist auch der Abbau von Personal in öffentlichen Einrichtungen.“

Sibylle Lust, Gewerkschaftssekretärin

„Die Städte und Gemeinden brauchen mehr Geld für Soziales, Bildung und Ökologie. Die Banken und die Reichen müssen mehr zahlen. Die Schuldenbremse ist der falsche Weg.“

Michael Erhardt, erster Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstellen Frankfurt und Wiesbaden-Limbürg

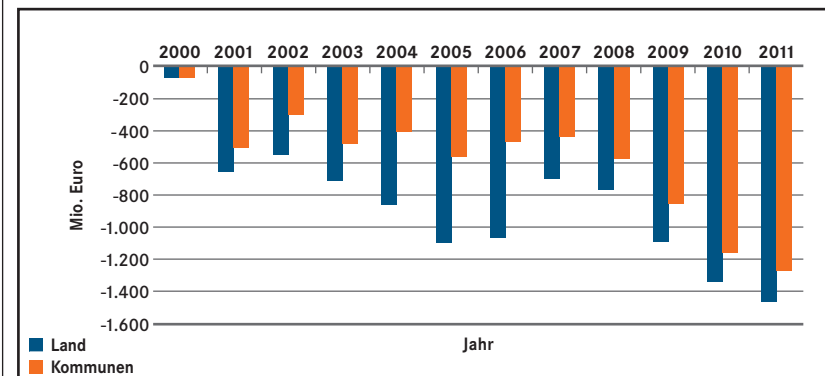
Sie sagen Schuldenbremse und meinen Sozialabbau

Landesregierung will Sozialabbau, und die Hessinnen und Hessen sollen dabei mitmachen

Die Schuldenbremse ist ein „Gewinnerthema“. So jedenfalls bezeichnet sie Christean Wagner, Fraktionsvorsitzender der CD im Hessischen Landtag, er gehört einer der Parteien an, die in den vergangenen Jahren dafür gesorgt haben,

dass Steuern und Abgaben einseitig gesunken sind: Entlastet wurden Bestverdienende und Vermögende, Spekulant an den internationalen Finanzmärkten und milliarden-schwere Großkonzerne. Sie sind die Gewinner.

Die Auswirkungen der Steuerreformen auf Hessen und die hessischen Kommunen

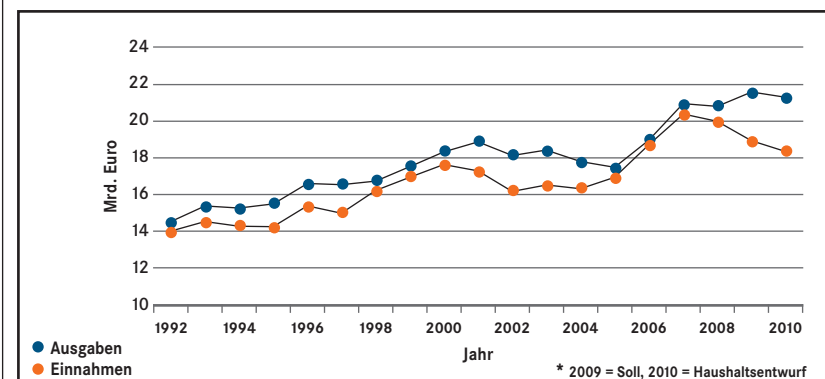


Einnahmeverluste der öffentlichen Haushalte in Hessen durch Steuerreformen seit 1998
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des DGB, eigene Darstellung

Rot-grüne, schwarz-rote und schwarz-gelbe Bundesregierungen sind mit Zustimmung der Hessischen Landesregierungen dafür verantwortlich, dass alleine im Jahr 2010 rund 50 Milliarden Euro Einnahmen in den öffentlichen Haushalten fehlen. Das

Land Hessen hat durch die Steuerensenkungen seit 1998 etwa 10 Milliarden Euro Einnahmen verloren. In nur zwölf Jahren haben also Steuerensenkungen mehr als ein Viertel der hessischen Staatsschulden in Höhe von 38 Milliarden Euro verursacht.

Nicht die Ausgaben sind explodiert, sondern die Einnahmen sind weggebrochen



Die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung in Hessen 1992 bis 2010*
Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Berechnungen aus: Truger, Achim/Eicker-Wolf, Kai/Will, Henner/Köhren, Jens (2009): Auswirkungen der Schuldenbremse auf die hessischen Landesfinanzen. Ergebnisse von Simulationsrechnungen für den Übergangszeitraum von 2010 bis 2020, Düsseldorf, eigene Darstellung

Verlierer der ungerechten Steuerpolitik sind mal wieder die anderen: Kinder und Jugendliche, Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, Rentnerinnen und Rentner und Kranke. All diese Menschen haben für die „großzügigen“

Steuerensenkungen der vergangenen Jahre mit Einbußen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen, bei der Rente und durch höhere Steuern und Abgaben – etwa der Mehrwertsteuer oder Gebührenerhöhungen – bezahlt. Mit der Schuldenbremse in der Verfassung wird dieser Sparkurs zulasten



DIE LINKE sagt NEIN zur Schuldenbremse. Protestaktion der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag zur Abstimmung über die Schuldenbremse am 15. Dezember 2010.

der Bevölkerungsmehrheit zementiert. Ab 2020 darf das Land Hessen nach dem Willen von CDU und FDP keine Kredite mehr aufnehmen, um öffentliche Investitionen zu tätigen. Die Folge: Das Land wird in wichtigen Bereichen massiv kürzen. Die Schuldenbremse wird entgegen der Behauptungen von CDU und FDP aber nicht dazu führen, dass Hessen schuldenfrei wird. Sie wird dazu führen, dass notwendige Investitionen in Bildung, Kultur, Justiz oder die Mitfinanzierung der Kommunen weiter massiv eingeschränkt werden oder einfach unterbleiben, Gebühren erhoben oder erhöht und weitere bisher öffentliche Aufgaben einfach gestrichen oder privatisiert und teurer werden. Die Schuldenbremse ist nichts anderes als geplanter Sozialabbau.

Wer Schulden abbauen will, muss dafür sorgen, dass Geld in die Kasse kommt. Das macht man aber nicht, indem man aufhört, zu investieren, sondern, indem man aufhört, Steuern zu senken.

Finanzmarkt besteuern

Der Weg „raus aus den Schulden“ führt über höhere Einnahmen. Realisieren lässt sich das aber nicht bei denjenigen, die in der Vergangenheit immer dafür herhalten mussten. DIE LINKE fordert eine Vermögens- und eine Finanztransaktionssteuer sowie eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften.

Die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer und einer Größensteuer würden dem Land Hessen bis zu 2,1 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen.

Erlebt haben die Hessinnen und Hessen das schon einmal. Das war 2003, hieß „Operation Sichere Zukunft“ und hat Hunderttausende auf die Straße gebracht. Die Schulden sind trotz dieser massiven Streichorgie nicht weniger geworden – im Gegenteil. Diesmal will sich die Landesregierung den Segen für ihre harte Kürzungspolitik durch einen Volksentscheid holen. Über Inhalt und Folgen dieser Schuldenbremse lässt sie die Menschen jedoch im Unklaren.

Schulden machen – ein Vergleich

Stellen wir uns Folgendes vor: Winter. Die Temperaturen haben sich wieder bei –4 bis –8 Grad Celsius eingependelt und ein baldiges Ende dieser Kälteperiode ist nicht in Sicht. Wie wohligh wird uns bei dem Gedanken, nach Hause zu kommen, die Heizung auf angenehme 20 Grad Celsius zu stellen und bei einem wärmenden Getränk den Winter draußen vor der Tür Winter sein zu lassen.

Was aber, wenn eben diese Heizung auf dem letzten Loch pfeift, kaum mehr als 16 Grad Celsius schafft und nachts plötzlich ihren Geist aufgibt? Frieren und hoffen, dass der Klempner das alte Ding noch mal zum Laufen bringt? Dafür zum x-ten Mal 200 Euro auf den Tisch legen, um dann in zwei Wochen vor demselben Problem zu stehen? Oder doch zur Bank gehen, den Kredit über 15.000 Euro aufnehmen und endlich die dringend notwendige, neue und energieeffiziente Heizung einbauen lassen, die zuverlässig ihren Dienst tut? Die Anschaffungskosten sind schließlich durch den geringeren Verbrauch und die wegfallenden Reparaturkosten schnell wieder reingeholt. Da überlegen wir nicht lange – eine gute Anlage. Und unsere Kinder, die das Haus irgendwann mal übernehmen werden, haben auch noch ihre Freude daran.

Anders ist es beim Staat im Prinzip auch nicht. Der hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Leistungen wie Bildung, Gesundheit oder Renten gewährleistet sind. Und er hat eine aktive Zukunftsvorsorge zu betreiben. Das bedeutet, dass die Generationen nach uns eine Lebenswelt vorfinden sollen, die nicht schlechter ist als die, in der wir leben. Eine Lebenswelt, die aber im Idealfall sozial, gerecht, ökologisch und nachhaltig ist.

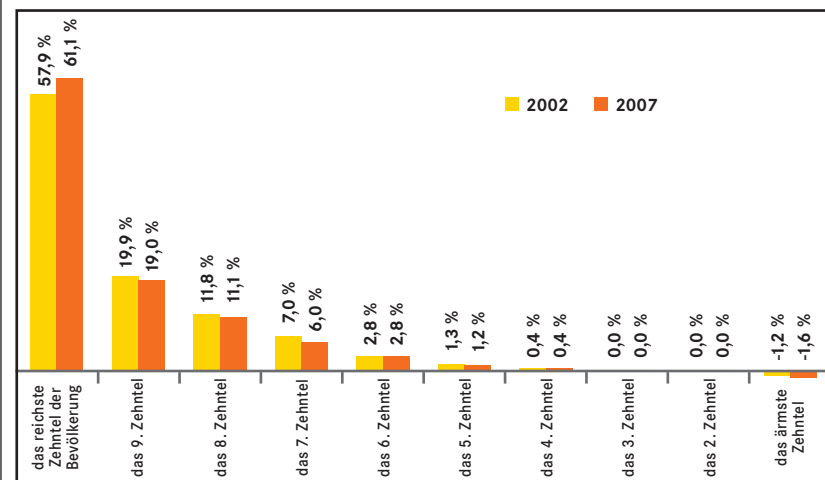
Eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung zu verankern, wie es CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Hessen vorhaben, bedeutet mit Blick auf unser Beispiel: Wir dürfen nicht zur Bank gehen, den Kredit aufnehmen und die Heizung austauschen. Wir werden zusehen müssen, wie wir damit klarkommen. Alle paar Wochen bezahlen wir den Monteure, damit wir nicht einfrieren.

Wie wir dann die Heizkostenrechnung bezahlen? Vielleicht sparen wir bei den Lebensmitteln, gehen nicht mehr zum Arzt und verzichten auch sonst auf vieles, was wir nicht dringend zum Leben brauchen. Und unsere Kinder erben ein sanierungsbedürftiges Haus. So würde es niemand von uns machen. Warum also sollte es der Staat tun?

So viele Einkommensmillionäre wie noch nie

In Deutschland gibt es gegenwärtig so viele Millionäre wie noch nie. Das private Geldvermögen in Deutschland betrug im ersten Quartal 2010 4,8 Billionen Euro. Auch die Zahl der Ver-

mögensmillionäre liegt mit 430.000 Menschen auf einem neuen Rekordniveau. Dabei verfügen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über 61 Prozent dieses Vermögens. Auf der anderen Seite hat die untere Hälfte der Bevölkerung kein Vermögen, jeder Fünfte von ihnen ist verschuldet.



So ungleich sind Vermögen verteilt (Jahre 2002 bis 2007). Grafik: DGB/Quelle DIW



Schulen und Universitäten, verschiedenen Sozialverbänden und attac, die sich für ein starkes und gerechtes – ein handlungsfähiges Hessen – einsetzt und die Hessinnen und Hessen zur Ablehnung der Schuldenbremse aufruft. Wir begrüßen diese Initiative, denn eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung würde staatliche Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit auf lange Zeit verhindern. Die Landesregierung, aber auch SPD und Grüne erheben die Haushaltskonsolidierung zum Selbstzweck und vergeifen sich dazu noch an dem Argument der Generationengerechtigkeit, indem sie es durch ein Spardiktat ins Gegenteil verkehren.

Die Befürworter der Schuldenbremse wenden sich damit gegen die Generationengerechtigkeit?

VAN OOYEN: Ja. Die Hessische Verfassung erteilt der Politik einen klaren die Gesellschaft gestaltenden Auftrag. Sie hat dafür zu sorgen, dass kommende Generationen eine leistungsfähige und gerechte Bildungs- und Infrastruktur vorfinden. Unsere Kinder und Enkel können mit Recht von uns erwarten, dass wir im Sinne einer echten Generationengerechtigkeit handeln, indem wir eine soziale, wirtschaftliche, und ökologisch nachhaltige Politik machen. Das bedeutet aber, dass dafür Geld investiert werden muss. Wir wollen in einem sozialen und nachhaltig finanzierten Gemeinwesen leben, in dem starke Schultern mehr tragen müssen als schwache – Steuern müssen in angemessenem Umfang und nach Einkommen, also sozial gerecht erhoben werden. Wir brauchen keine teure Klientelpolitik à la Schwarz-Gelb zulasten der öffentlichen Einnahmen. Wir brauchen starke und gut ausgestattete Landes- und Kommunalhaushalte, die ihre Aufgaben erfüllen können.

DIE LINKE klagt gegen einseitige Information der Wählerinnen und Wähler

CDU, SPD, FDP und Grüne haben im Landtag beschlossen, zur Volksabstimmung über die Schuldenbremse am 27. März eine „Erläuterung“ an die Bürgerinnen und Bürger durch den Landeswahlleiter versenden zu lassen. Darin wird völlig einseitig die angebliche Notwendigkeit der „Schuldenbremse“ begründet und um Zustimmung geworben. Dies widerspricht dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes, wonach die politische Willensbildung vom Volk zum Staat erfolgt – und nicht umgekehrt. Wählerinnen und Wähler müssen ihre Entscheidung frei treffen können und dürfen nicht von Staatsorganen wie dem Landeswahlleiter beeinflusst werden.

Aus diesem Grund hat DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag eine Klage vor dem Hessischen Staatsgerichtshof angekündigt.

Staat verzichtet auf Milliarden Steuermehreinnahmen

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag hat die Hessische Landesregierung erneut dazu aufgefordert, dauerhaft mehr Betriebsprüfer einzusetzen und die Zahl der Steuerfahnder schnellstmöglich um 100 zu erhöhen. Bei Umsetzung der Maßnahmen können Steuerausfälle in dreistelliger Millionenhöhe vermieden werden. Dank der bundesweiten Betriebsprüfungen konnte der Fiskus im vergangenen Jahr 18,3 Milliarden Euro Steuern zusätzlich einnehmen. Jeder Betriebsprüfer kostete das Land etwa 80.000 Euro pro Jahr, treibt aber durchschnittlich eine Million Euro zusätzlicher Steuern pro Jahr ein. Schon deshalb ist die staatliche Laxheit bei der Verfolgung Steuerkriminalität unverständlich.

DGB, Attac, AWO und viele mehr – breites gesellschaftliches Aktionsbündnis will Schuldenbremse verhindern

Erklärtes Ziel: Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung gegen Verfassungsänderung / Experten warnen vor Arbeitsplatzabbau, Privatisierung und drastischen Gebührenerhöhungen

Auch wenn DIE LINKE als einzige Partei im Hessischen Landtag gegen die Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung gestimmt hat, steht sie in Hessen mit ihrer Ablehnung nicht alleine da. Mittlerweile haben zahlreiche Verbände und Organisationen Widerstand angekündigt und sich zu einem breiten Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Das erklärte Ziel: Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung. Dass es

gelingen wird, die Mehrheit der Hessinnen und Hessen zu überzeugen, dem Plan von CDU, FDP, SPD und Grünen für eine Verfassungsänderung eine klare Absage zu erteilen, davon ist „Das Bündnis handlungsfähiges Hessen“ überzeugt. Zu drastisch seien die negativen Folgen für die Bevölkerung, zu durchschaubar der Versuch, ältere und jüngere Menschen gegeneinander

auszuspielen. Was genau auf die Hessinnen und Hessen in diesem Fall zukommen würde, hat der Volkswirtschaftler Dr. Kai Eicker-Wolf in einer Studie untersucht: „Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst, Rückgang von Investitionen in die kommunale Infrastruktur, Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie Abbau kommunaler Dienstleistungen und drastische Gebührenerhöhungen.“

Über diese Folgen hätten die Befürworter einer Verfassungsänderung die Bevölkerung wohlweislich nicht informiert, kritisiert das Aktionsbündnis, dem neben dem DGB Hessen auch Gliederungen der hessischen Arbeiterwohlfahrt AWO, Attac und etliche weitere angehören.

Klemens Himpele, Beiratsmitglied im Bund demokratischer Wissenschaftler/innen BdWi, macht klar:

„Wer heute eine Schuldenbremse fordert, will die Staatsausgaben zusammenkürzen. Für Hessen heißt das: Bildungs-, Sozial- und Personalabbau im Umfang von 250 Millionen Euro jährlich. Die Alternative wäre, sowohl Besserverdienende und Vermögende als auch Unternehmen angemessen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen. Die Mehreinnahmen können dann zum Ausbau

des Sozialstaats und zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden. Unsere Kinder werden nicht fragen, wie viel Schulden der Staat hat, sondern warum es in den Kindergärten regnet. Die Ausfinanzierung staatlicher Aufgaben durch ein gerechtes Steuersystem führt zu einer höheren Lebensqualität und ausgeglicheneren Haushalten.“

www.handlungsfahiges-hessen.de

Warum Schweden in Hessen wählen dürfen und Norweger nicht

Hier leben, hier arbeiten, hier wählen und gestalten – DIE LINKE will ein kommunales Wahlrecht für alle

In den Kommunen wird nicht die große Weltpolitik entschieden. Es geht dort vielmehr um Angelegenheiten, die unmittelbare Auswirkungen auf die Menschen vor Ort haben: Sei es in Fragen der Energie- und Gesundheitsversorgung, Verkehrs- und Infrastruktur, Bildung und Kultur oder des sozialen Angebots. In Hessen ist es dabei nur ganz bestimmten Menschen vorbehalten zu entscheiden, wie diese Fragen gelöst werden. Nämlich EU-Bürgerinnen und Bürgern, die das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten den Hauptwohnsitz in der betreffenden Gemeinde haben. Das führt dazu, dass zum Beispiel eine Schwedin bereits nach drei Monaten wählen kann, während einer Norwegerin dieses Recht auch nach Jahrzehnten in der Gemeinde verweigert wird. Über diese kuriose Ungleichbehandlung wundern sich viele unserer europäischen Nachbarn zu Recht. Denn in zahlreichen europäischen Ländern – ob EU-Mitglied oder nicht – sieht das anders aus. Hier haben Migrantinnen und Migranten schon lange das Recht, die Kommunalparlamente nach einer gewissen Zeit mitzuwählen. Und so soll es auch sein.

„Das Recht vor Ort, in seinem eigenen unmittelbaren Lebensumfeld an politischen Entscheidungen mitwir-



Mitbestimmung auf kommunaler Ebene hilft bei der Integration aller hier lebenden Ausländer

© monique delatour; www.fotolia.com

ken zu können, muss jedem Menschen gegeben werden. Demokratie kann es sich nicht leisten, auch überhaupt nur einen Menschen auszuschließen“, sagt Hermann Schaus von der LINKEN im Hessischen Landtag. „Wir haben

deshalb im November 2010 Gesetzentwürfe zur Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung eingebracht, die unter anderem auch diesen Zustand ändern sollen. Dass ein kommunales Wahlrecht auch für Menschen aus

Nicht-EU-Staaten möglich ist, zeigen die Beispiele anderer Staaten bereits seit vielen Jahrzehnten. In Schweden, Finnland, Dänemark oder auch Irland gibt es solche Regelungen, die Menschen gleich welcher Herkunft poli-

tisch mit einbeziehen.“ Wenn man in Betracht ziehe, dass in den Großstädten 20 Prozent der Bevölkerung überhaupt nicht wahlberechtigt seien, weil sie aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland gekommen sind, dann repräsentierten die gewählten kommunalen Mandatsträger dort nur einen Teil der Bevölkerung, so Schaus. „Menschen, die hier leben, sollten sich aktiv vor Ort für ihre Interessen und Belange einsetzen können“, fordert der kommunalpolitische Sprecher der LINKE-Landtagsfraktion. Dies gelte für Wahlen ebenso wie für die wenigen Instrumente direkter Demokratie in der Hessischen Kommunalverfassung.

„Bizarre Ungleichheiten“

„Das kommunale Wahlrecht für Drittstaater trägt nicht nur dem Gedanken der europäischen Einigung Rechnung, sondern hilft auch bei der Integration aller hier lebenden Ausländer. Wenn das kommunale Wahlrecht an eine EU-Mitgliedschaft des Herkunftslandes gebunden ist, dann entstehen neue und völlig bizarre Ungleichheiten. Stellen Sie sich mal die Frage, warum ein Zypriot aus dem griechischen Teil des Landes hier kommunales Wahlrecht genießen soll, aber ein Zypriot aus dem türkischen Teil nicht. Das kann nicht sein.“

Mensch im Mittelpunkt der Kommunalpolitik

Die Kommunalpolitik soll sich wieder stärker an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Dazu hat die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag im November 2010 zwei umfangreiche Gesetzentwürfe zur Änderung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung eingebracht. Darin werden unter anderem größere Mitspracherechte der Bürger bei wichtigen Entscheidungen und das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft in einer Gemeinde oder einem Landkreis lebenden Menschen festgelegt. Außerdem werden die Informationsrechte der Parlamentarier gegenüber Magistrat und Gemeindevorstand deutlich erhöht. Nach den Vorstellungen der LINKEN sollen sich die Kommunen und Landkreise künftig wieder selbst um wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge kümmern und Bereiche wie etwa den Öffentlichen Personennahverkehr, Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder die Müllabfuhr in eigener Regie organisieren. „Werden unsere Regelungen umgesetzt, steht endlich wieder der Mensch im Mittelpunkt der Kommunalpolitik“, unterstreicht der kommunalpolitische Sprecher der LINKE-Landtagsfraktion Hermann Schaus.

Bürgermeister protestieren gegen Kürzungspläne

Die Landesregierung gefährdet mit ihrer unsozialen Kahlschlagpolitik die finanzielle Existenz der hessischen Kommunen. Dies machten mehrere hundert Kommunalpolitiker aller politischen Parteien deutlich, die am 22.11.2010 vor dem Hessischen Landtag demonstrierten. Das unmissverständliche Motto ihrer Kundgebung: „Ihr raubt uns das letzte Hemd“. Wie bereits beim ersten Protest auf dem Hesenstag 2010 in Stadallendorf forderten die Bürgermeister, Stadt- und Landräte auch im November die Rücknahme der Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich. Die Landesregierung will den hessischen Kommunen und Landkreisen 2011 344 Millionen Euro weniger überweisen. „Den einstürzenden Kommunen nun auch noch Geld zu entziehen, ist der falsche Weg“, unterstützt Hermann Schaus, innen- und kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag. Der Hessische Landkreistag prüft derzeit eine Klage gegen das Land Hessen vor dem Staatsgerichtshof.

DIE LINKE fordert mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten

Hessen bundesweit eines der Schlusslichter bei direkter Demokratie / Bürgeranträge und Bürgerpetitionen

Der von Protest begleitete Castortransport und die Demonstrationen gegen das Projekt „Stuttgart 21“ verdeutlichen: Die Menschen möchten mehr politische Teilhabe, als nur alle paar Jahre bei einer Wahl ihr Kreuz zu machen.

Viele Möglichkeiten dazu gibt es in Hessen allerdings nicht. Hessen ist bundesweit eines der Schlusslichter, wenn es um unmittelbare Mitbestimmungsmöglichkeiten geht. Neben Bürgerbegehren und -entscheid sowie der Bürgerversammlung als Informationsveranstaltung sind keine weiteren Elemente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene vorgesehen. Alleine zur Einleitung eines Bürgerbegehrens sind Unterschriften von 10 Prozent der bei der letzten Kommunalwahl wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger

einer Kommune notwendig. Für eine Stadt wie Wiesbaden bedeutet dies, dass für die Durchführung eines Bürgerentscheides rund 20.000 Menschen ihre Unterschrift leisten müssen. „Dies stellt für viele bereits eine unüberwindbare Hürde dar und bringt sie dazu, von ihren berechtigten Anliegen abzusehen“, kommentiert Hermann Schaus, innen- und kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag die Situation. Andere Bundesländer seien in dieser Frage bereits deutlich weiter. So gibt es in Baden Württemberg, Bayern und Thüringen nach Größe der Kommune gestaffelte Unterstützerzahlen für Bürgerbegehren. Damit können sich die Bürger speziell in größeren Städten einfacher in die Kommunalpolitik einbringen. Ein anderes Bei-

spiel für die Rückständigkeit Hessens in Sachen direkter Demokratie ist die Bürgerversammlung. Sie dient hierzulande einzig zur Unterrichtung der Bürger über wichtige Angelegenheiten der Kommune. Was wichtig ist, entscheiden allein Gemeindevorstand oder Magistrat. Ein Recht auf die Behandlung von Themen und Sachverhalten, die sie selbst für wichtig erachten, haben Bürger derzeit nicht.

„Wir kennen in Hessen auch keine Bürgeranträge und Bürgerpetitionen. Dass solche wichtige Elemente direkter Demokratie in der Hessischen Kommunalverfassung immer noch fehlen, ist schlicht ein Unding.

Wir werden in unserer Arbeit weiter darauf drängen, dass die guten Erfahrungen direkter Demokratie etwa aus Bayern oder Sachsen auch in die

Hessische Gemeinde- und auch in die Landkreisordnung aufgenommen werden“, kündigt Schaus an. Wer der Politikverdrossenheit etwas entgegenzusetzen wolle, müsse den Menschen geeignete Instrumente zur Mitwirkung in die Hand geben.



© Christian Schwier; www.fotolia.com

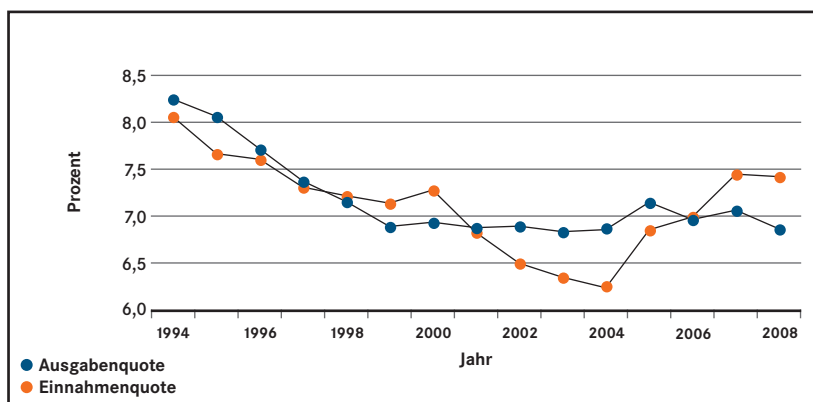
Ohne Moos nix los – Hessens Kommunen vor dem Ruin

Oder: Das Märchen von der Ausgaben-Explosion

15 Milliarden Euro Defizit im Jahr 2010. Das war die schockierende Zahl, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund nach der Steuer-schätzung im Mai 2010 bekannt gab. 15 Milliarden Euro, die den Städten

und Gemeinden 2010 fehlen, um ihre Aufgaben ordnungsgemäß ausführen zu können. Schnell meldeten sich die CDU/FDP-Landesregierung mit Erklärungen zu Wort und lieferten ihre Lösungsvorschläge gleich mit: „Die

Einnahmen- und Ausgabenquote der hessischen Kommunen gemessen am hessischen Bruttoinlandsprodukt (BIP)



Quelle: Kai Eicker-Wolf/Achim Truger, Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzien in Hessen, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt 2010.

Städte und Gemeinden in Hessen hätten über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun sparen, sparen und nochmals sparen.“ Damit ist natürlich kürzen gemeint. Aber der genannte Grund für die Misere ist genauso falsch wie der vermeintliche Ausweg. Der Landesregierung hätte schon ein Blick in die Zahlen genügt, um zu einem anderen Schluss zu kommen.

Denn die wahren Verursacher der Finanzkrise in den Kommunen sitzen in der Landes- und seit 1998 auch in der Bundesregierung. Finanzstudien belegen eindeutig, dass es den Städten und Gemeinden gelungen ist, zwischen 1998 und 2008 die Ausgabenquote konstant bei 7 Prozent des Hessischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu halten. Die Forderung an die Städte und Gemeinden, ihre überbordenden Ausgaben zurückzufahren, ignoriert diese Zahlen völlig.

Verändert hat sich hingegen die Einnahmeseite der Kommunen. Aufgrund der Steuersenkungspolitik für Unternehmen und Spitzenverdiener fehlten den hessischen Städten und Gemeinden allein im Jahr 2010 rund 800 Millionen Euro. Rechnet man die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs hinzu, beläuft sich das Defizit auf fast 1,2 Milliarden Euro. Die Finanzkrise der Städte und Gemeinden ist demnach nicht Ergebnis einer „Ausgabenexplosion“, sondern logische

Konsequenz der Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren. Würde man die Einnahmen der Kommunen durch eine Vermögenssteuer und eine Gemeindefinanzsteuer stärken, wie es DIE LINKE seit langem fordert, könnten viele Probleme vor Ort gelöst werden. Vorbei wären die Zeiten undichter Schuldächer, fehlender Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten, Schlaglochpisten und geschlossener Bibliotheken und Schwimmbäder. Die Kommunen könnten sich vieles leisten und manche Missstände beheben. Hohe Kosten durch profitorientierte private Betreiber würden der Vergangenheit angehören.

Handlungsfähige Kommunen sind Kommunen mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. Sie kurzzuhalten und zu immer weiteren Kürzungen zu zwingen, führt zu tiefen Einschnitten in das soziale Netz der Städte und Gemeinden. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Ausweitung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer, in die auch Freiberufler einzahlen, könnten für spürbare Entlastungen der kommunalen Finanzlage sorgen. Die „Weiter-so“-Mentalität der CDU/FDP-Landesregierung bedeutet für die Menschen vor Ort: weniger Dienstleistungen, höhere Kosten, weniger Lebensqualität.

Aktion „Goldene Klobürste“ sorgt für Furore

Frankfurter Stadtschülerrat stellt Schultoiletten katastrophales Zeugnis aus



Die Frankfurter Schultoiletten sind auch nach baulichen Verbesserungen in keinem guten Zustand. Foto: SSR Frankfurt

Die Aktion sorgte für Furore. Nachdem Frankfurter Schülerinnen und Schüler sich jahrelang über die sanitären Einrichtungen an Schulen beschwert hatten, nahm eine Delegation des Stadtschülerrats 18 Schultoilettenanlagen in Augenschein und kam zu widerwärtigen Ergebnissen. Auch wenn seitdem viel Geld in bauliche Maßnahmen geflossen ist, das Grundproblem bleibt das Gleiche: Die Hausmeister und eigenes Reinigungspersonal wurden von der Stadtregierung abgeschafft, der private Reinigungsdienst kommt seinen Aufgaben nur mangelhaft nach.

Die Auswertung des Toiletten-Checks erbrachte ein niederschmetterndes Ergebnis: fehlende Spiegel, Seifenspender und Handtücher waren die Regel, sogar Klobrillen fanden sich nicht überall. Den Geruch benoteten die Schüler in Schulnoten im Schnitt mit 4,76, die Hygiene gar nur mit 5,31. Die Beschriftung der Anlage erhielt die Note 3,89. Als Besonderheit werteten die Kontrolleure: „Etwa jede dritte Toilette hatte Schimmel an der Decke“. In fast allen Anlagen habe man kein Papier in den Kabinen vorgefunden.

„Keine ständigen Ansprechpartner“

Stadtverbindungslehrerin Angelika Wahl moniert angesichts der Ergebnisse, dass es seit der Privatisierung der Schulreinigung keine ständigen Ansprechpartner mehr gebe. Sie fordert deshalb die Rekommunalisierung des Reinigungsdienstes. Genau dies war auch Inhalt eines Antrags der LINKE-Fraktion im Römer, der jedoch von der Mehrheit von CDU, SPD und Grünen abgelehnt wurde. Yildiz Köremezli, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN im Stadtparlament: „Schulreinigung ist eine öffentliche Aufgabe, die sich am Gesundheitsschutz von SchülerInnen und Lehrkräften sowie an der Pflege und am Erhalt der Gebäude und des Inventars orientieren muss und nicht an den finanziellen Interessen von Privatunternehmern.“

Dass die Qualität der Reinigung der Frankfurter Schulen auch nach baulichen Verbesserungen und der Einführung eines Qualitätsmanagements alles andere als zufriedenstellend ist, belegen die andauernden Beschwerden. Köremezli: „Das kommt regelmäßig vor, deswegen werden wir mit unserer Forderung nach einer Rekommunalisierung des Reinigungsdienstes auch nicht lockerlassen. Privat ist keineswegs immer günstiger, immer effizienter und qualitativ besser.“

Unterstützung bekommt die Frankfurter Bildungsexpertin von Barbara Cárdenas, bildungspolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion: „Rekommunalisierung ist ein Weg, sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Arbeitsplätze bei den Städten zu erhalten und neue zu schaffen. Kostenersparnisse bei der Übernahme von öffentlichen Aufgaben durch private Unternehmen sind in der Regel nur durch Tarifflicht möglich.“

Deutsches Schulsystem fällt bei PISA durch

Fehlende Chancengleichheit – DIE LINKE für Gemeinschaftsschule

Das deutsche Bildungssystem mit seinem vielgliedrigen Schulsystem hat abgewirtschaftet. Regelmäßig erteilen Bildungsexperten, Ökonomen, aber auch Eltern und die Schülerinnen und Schüler dem Konzept der frühen Selektion nach der vierten Klasse die Note „mangelhaft“. Ihr Urteil ist ebenso einhellig wie vernichtend: Das System basiere auf Druck, Auslese und Trennung. Talente kämen nicht zur Entfaltung und Chancen für das Land würden frühzeitig verschenkt. Einen wirklichen Umbau des Schulsystems wird es mit CDU/CSU und FDP aber leider nicht geben – allen besseren Erkenntnissen zum Trotz.

„Die Chancengleichheit bleibt weiterhin das Problem des deutschen Bildungssystems“ – dieses vernichtende Fazit zog die OECD auch nach ihrer dritten PISA-Studie. Im derzeitigen Bildungssystem würden „bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung verstärkt“. Insbesondere Kinder aus finanziell benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund gehören von vornherein zu den Verlierern. Gleich doppelt werden Jugendliche mit Migrationshintergrund durch das deutsche Schulsystem benachteiligt. Sie kommen nicht nur häufiger aus einem Elternhaus mit einem niedrigeren sozialen und wirtschaftlichen Status, auch führt das Schulsystem zu einem deutlich höheren Leistungsabstand gegenüber Kindern ohne Migrationshintergrund als in anderen Ländern mit vergleichbarem Migrantenanteil.

Zweieinhalb Schuljahre hinterher

„Bei Migranten zweiter Generation (im Land geboren, aber beide Elternteile im Ausland geboren), die ihre gesamte Schullaufbahn in Deutschland verbracht haben, ist der Abstand zu einheimischen SchülerInnen mit 93 Punkten so groß wie in keinem anderen OECD-Land“, schrieb die OECD den deutschen Bildungspolitikern ins Stammbuch. Im Klartext heißt das: Am Ende ihrer Schulzeit sind Kinder aus Migrantenfamilien zweieinhalb Schuljahre hinter dem Wissensstand ihrer deutschen MitschülerInnen zurück.

Innerhalb der OECD spielt nur in Luxemburg, Ungarn, Frankreich, Belgien und der Slowakei das Elternhaus beim Bildungserfolg eine ähnlich große Rolle. Auch in Hessen hängt der Bildungserfolg maßgeblich vom sozialen und wirtschaftlichen Status der Eltern ab. Barbara Cárdenas, bildungs-



Fehlende Bildungsgerechtigkeit: Das deutsche Schulsystem basiert auf Druck, Auslese und Trennung Foto: Gerd Altmann/pixelio

politische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, wird konkret: „In Hessen sind die Chancen von Kindern aus reichem Elternhaus, ein Gymnasium zu besuchen, dreimal so hoch wie die von Kindern aus ärmeren Elternhäusern. Letztere wiederum gehen sechsmal so wahrscheinlich auf eine Hauptschule. Das dreigliedrige Schulsystem aus Haupt-, Realschule und Gymnasium gewährt demnach keine Durchlässigkeit und bietet somit auch keine Chancengerechtigkeit“, sagt Cárdenas, die sich stattdessen für Gemeinschaftsschulen ausspricht, in denen Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen. „Wir wollen ein Schulsystem, das junge Menschen nicht nach sozialer Herkunft in verschiedene Schubladen verteilt, sondern tatsächlich individuell fördert. Das geht nicht ohne eine deutliche Ausweitung der Bildungsausgaben auf allen Ebenen“, erklärt Cárdenas.

Immer weniger Geld für Bildung

Denn allen Sonntagsreden von CDU- und FDP-BildungspolitikernInnen zum Trotz investiert Deutschland immer weniger Geld in Bildung. Lag 2001 der Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt noch bei 5,3 Prozent,

shrumpfte er bis 2007 auf 4,7 Prozent. Damit geben mit der Slowakei, Tschechien und Italien nur noch drei OECD-Länder weniger Geld für Bildung aus als Deutschland. Zum Vergleich: Island und die USA geben mit 7,8 und 7,6 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts fast 50 Prozent mehr für Bildung aus als die von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ausgerufenen „Bildungsrepublik Deutschland“. In der OECD liegt der Schnitt bei 5,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

„Gerechtigkeitslücke schließen“

DIE LINKE fordert, das Recht auf Bildung im Grundgesetz zu verankern, und setzt sich dafür ein, dass künftig sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die Bildung fließen, wie ursprünglich im Bildungsgipfel vereinbart. „Wir möchten den Erkenntnissen von Bildungsexperten und der OECD endlich Rechnung tragen und ein Netz von ganztägig arbeitenden Gemeinschaftsschulen einführen, in dem Schülerinnen und Schüler mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam bis zur zehnten Klasse zusammen lernen können. Das könnte die Gerechtigkeitslücke im deutschen Schulsystem endlich schließen“, sagt Cárdenas.

„Akademikerkinder einseitig bevorzugt“

Bildung ist ein wichtiger Aspekt in der Integrationsdebatte. Warum ist das so und wie sieht es in der Praxis aus?

Das Thema Bildung wird in der gegenwärtigen Integrationsdebatte deswegen so hochgezogen, weil man den Eltern von Migrantenkindern den „schwarzen Peter“ zuschieben will. Aber es sind eben nicht die Eltern, die kein Interesse an einem hohen Bildungsabschluss ihrer Kinder haben. Wie oben bereits gesagt, sind es die schlechteren Lebensverhältnisse, die zu schlechteren Chancen im Bildungsbereich führen. Wir brauchen mehr Ganztagschulen, an denen Kinder aus Migrantenfamilien mehr gemeinsame Zeit mit ihren deutschen Mitschülern verbringen und so ihre Deutschkenntnisse verbessern können. Aber selbst MigrantInnen mit hohem Berufs- oder Bildungsabschluss aus dem Ausland haben es in Deutschland schwer, denn häufig werden ihre Abschlüsse hier nicht oder nur schwer anerkannt.

Gibt es angesichts der Kritik von Experten Hoffnung auf Veränderungen im deutschen Schulsystem?

Ich hoffe sehr, dass durch die Ratifizierung der UN-Konvention, die einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen fordert, der Druck auf die Landesregierung wächst. Die Förderschulen müssen allmählich aufgelöst werden, ihre Schüler an Regelschulen unterrichtet werden. Dort wird die Kompetenz des pädagogischen Fachpersonals aber weiterhin dringend benötigt. Im deutschen Schulsystem besteht der Irrglaube, dass Hochbegabte und Lernschwache an verschiedene Schulen gehören. Dabei gibt es seit vielen Jahren Erfahrung mit der gemeinsamen Beschulung. Es hat sich gezeigt, dass Kinder mit und ohne Beeinträchtigung sowie mit hohen Begabungen gut miteinander harmonisieren und sich sozial, intellektuell und in ihrer Entwicklung gegenseitig befördern.

Volkshochschulen bald nur noch für Reiche?

In Hessen werden 2011 zusätzlich noch 700 Millionen Euro im Haushalt gekürzt sowie 344 Millionen bei den Zuschüssen für die Gemeinden gestrichen. Auf die neuen Kürzungsbeschlüsse könnten klamme Städte, Gemeinden und Landkreise nur mit massiven Kürzungen und Schließungen reagieren, warnt der Hessische Städtetag vor einer Abwärtsspirale beim Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Hochverschuldete Kommunen überlegen bereits, wie sie den Betrieb einer Volkshochschule überhaupt noch stemmen können. Zwar müssen Städte ab 50.000 Einwohner eine Volkshochschule haben, aber Kürzungen bei den Zuschüssen werden zwangsläufig zu einem schlechteren Kursangebot und höheren Kursgebühren führen, was dem Grundgedanken einer „Volkshochschule“ zuwiderläuft. Bereits 2004 hatte die Koch-Regierung unter dem zynischen Titel „Operation Sichere Zukunft“ über eine Milliarde Euro im Landeshaushalt gekürzt. Die Folgen: Öffentliche Leistungen wie der Unterhalt von Schwimmbädern, Bibliotheken und Theatern wurden stark eingeschränkt oder an privatwirtschaftliche Investoren abgegeben.

Bildungsausgaben: Hessen ist Schlusslicht

Im Bildungsfinanzbericht 2008 steht es schwarz auf weiß: Von allen Flächenländern der Bundesrepublik gibt Hessen den geringsten Anteil seiner Gesamtwirtschaftsleistung für Bildung aus. Während im Bundesdurchschnitt 4,1 Prozent der öffentlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen eingesetzt werden, ist Hessen, das Roland Koch zum „Bildungsland Nummer 1“ machen wollte, mit einem Anteil von 3,0 Prozent Schlusslicht. Die Folgen der Unterfinanzierung des Bildungssystems sind dramatisch: An Kitas, Schulen und Hochschulen fehlen mehrere zehntausend Stellen. Verbesserungen hat die schwarz-gelbe Landesregierung nicht geplant – im Gegenteil: 2011 sind im Landeshaushalt noch einmal gut 75 Millionen Euro weniger vorgesehen als 2010.

CDU/FDP blockieren Schulobstprogramm

Obst ist gesund – doch es kostenlos an Grundschüler zu verteilen ist der Landesregierung zu teuer. In Hessen gibt es trotz eines laufenden EU-Programms derzeit kein kostenloses Obst für die Schülerinnen und Schüler. Hatte Hessens schwarz-gelbe Regierung dem Programm bereits im Bundesrat „nur mit Bedenken“ zugestimmt, stellte die CDU-Landtagsfraktion die Ampel gänzlich auf „rot“. Der Grund: Die Umsetzung sei zu teuer. „Aufgrund der angespannten Haushaltslage“ könne das Land nicht jährlich seinen Anteil zum Schulobstprogramm beisteuern. Die geschätzten Kosten: eine Million Euro jährlich. Für finanzschwächere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und das Saarland stellt die Finanzierung hingegen kein Problem dar. In der EU nehmen 25 der 27 Mitgliedsstaaten am Schulobstprogramm teil.

Land streicht Geld für Kita-Ausbau

Hessische Kindergärten bekommen weniger Geld vom Land, als ihnen versprochen wurde. So soll nur die Hälfte der Kosten übernommen werden, die bei der Beschäftigung von mehr Erziehern entstehen, obwohl dies vom Land zugesagt worden war. Auch beim Ausbau des Betreuungsplatzangebots für Kinder unter drei Jahren würde das Land gerne einen Rückzieher machen und ist auf dem Weg dahin: Denn ab 2011 werden jährlich 344 Millionen Euro weniger an hessische Städte und Gemeinden überwiesen, die für die Umsetzung der gesetzlich vorgesehenen Versorgungsquote von 35 Prozent bis 2013 zu sorgen haben. Rund 200 Kommunalpolitiker, Bürgermeister und Landräte haben deswegen im November 2010 vor dem Landtag gegen die angekündigten Kürzungen protestiert. Ihre Botschaft an die Landesregierung: „Ihr nehmt uns das letzte Hemd“.

Politisches ABC der Ära Koch

A Atomenergie. Die Energieform, die mit Milliarden-Subventionen des Staates entwickelt wurde und deren strahlende Hinterlassenschaften mit Milliardenaufwand des Staates in zweifelhafte Endlager verbracht werden sollen. Atomkraftwerke bescheren vier Energiekonzernen jährlich Milliardengewinne, die von der Bevölkerung über hohe Stromrechnungen bezahlt und an Aktionäre ausgeschüttet werden. In Hessen steht in Biblis ein besonders unsicheres Exemplar eines Atomkraftwerks, ein so genannter ➔➔➔ Schrottreaktor

B Bouffier, Volker, genannt ‚Buffi‘. 2010 zum neuen hessischen Ministerpräsidenten gewählt. Nachfolger und langjähriger Innenminister von Ex-Ministerpräsident ➔➔➔ Roland Koch. Politischer Hardliner und Mitglied der so genannten ➔➔➔ Tankstellen-Connection, in der sich Anfang der 1980er Jahre an der Autobahnraststätte Wetterau eine Gruppe hessischer CDU-Jünglinge zum gemeinsamen Angriff auf die Macht verabedete. In seine Zeit als Innenminister fielen zahlreiche Skandale und Affären, die in ➔➔➔ Untersuchungsausschüssen behandelt wurden.

C CDU Hessen. Besonders rückständiger CDU-Landesverband. In Jahrzehnten der Opposition entwickelte er sich unter Alfred Dregger, An- und Wortführer der national-konservativen Stahlhelmfraktion, nach außen zum politischen Kampfverband und intern zum Vorsitzenden-Wahlverein.

D Dalai Lama. Freund von Ex-CDU-Ministerpräsident Roland Koch, Sympathieträger, mit dem dieser in schwierigen Zeiten in der Bevölkerung zu punkten versuchte.

E „European Business School“ (EBS), nach der geplanten Einführung einer juristischen Fakultät in „EBS Universität für Wirtschaft und Recht“ umbenannt. Private Hochschule mit Sitz in Wiesbaden mit dutzenden Vorständen von Großkonzernen im Stiftungsrat. Großempfänger staatlicher Subventionen auch in Zeiten, in denen öffentlichen Hochschulen Millionen gestrichen werden (➔➔➔Hochschulpakt)

F Flughafen ausbau Rhein-Main. Der von der CDU-Landesregierung befürwortete Ausbau wurde der Bevölkerung durch die Einführung eines verbindlichen Nachtflugverbotes in der Zeit von 23 bis 5 Uhr verkauft. Nachdem der Hessische Verwaltungsgerichtshof den Ausbau für rechtmäßig erklärt, aber auf die Einhaltung des Versprechens pocht, legt die Landesregierung gegen das Urteil Revision ein.

G G8. Seit Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre durch die Landesregierung im Schuljahr 2004/05 ist der Protest von Eltern, Schülern und Lehrern nicht abgebrochen. Verdichtung des Lernstoffes, fehlende Lehrpläne und Chaos im Kultusministerium lassen schon den Übergang zu einem Fiasko werden.

H Hochschulpakt. Form der „partnerschaftlichen“ Zwangszusammenarbeit zwischen Landesregierung und hessischen Hochschulen. Bescherte den zwölf Hochschulen 2011 Etatkürzungen von 30 Millionen Euro. Acht Hochschulpräsidenten unterschrieben den Finanzplan für die Jahre 2011-2015 deswegen nur unter Protest und sprachen von Erpressung.

I Integrationspolitik. Seit der Angstkampagne um die doppelte Staatsbürgerschaft und der Abschiebungsförderung gegen straffällige Ausländer eines der Lieblings-themen der hessischen CDU in Wahlkampfzeiten. Auch die FDP hat zwischenzeitlich das Thema entdeckt. Integrationsminister Hahn lud im Februar 2010 den Ex-Bundesbanker und „Integrationsexperten“ Thilo Sarrazin zu einer Podiumsdiskussion ein.

J Jung, Franz Josef. Hessischer CDU-Politiker und Mitglied der so genannten ➔➔➔ Tankstellen-Connection. Jung trug als Generalsekretär der hessischen CDU Mitverantwortung für die Schwarzen Kassen der Partei. Während Jungs Amtszeit war mehr als 1,5 Millionen DM Schwarzgeld in die Parteikasse geflossen. Jung trat erst auf massiven öffentlichen Druck als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und als Chef der Staatskanzlei zurück. Ebenfalls zurücktreten musste er 2009 als Arbeitsminister im Kabinett Merkel II, weil er in seinem vorherigen Amt als Bundesverteidigungsminister die politische Verantwortung für die Bombardierung eines Tanklasters im afghanischen Kunduz auf Befehl eines deutschen Offiziers trug.

K Koch, Roland. CDU-Politiker und selbsternannter „brutalstmöglicher Aufklärer“ der CDU-Schwarzgeldaffäre. Blieb trotz erwie-



DIE LINKE-Landtagsfraktion unterstützte Studierende, Professoren und Hochschulpräsidenten bei ihrem Protest gegen den Hochschulpakt

Bildung für alle statt Millionen für Privat-Uni

Hochschulpakt: 30 Millionen Euro jährlich weniger für öffentliche Hochschulen

Alle Hochschulen müssen 2011 sparen. Alle? – nein, eine kleine Privat-Uni kann sich über eine großzügige Anschubfinanzierung in Höhe von 50 Millionen Euro freuen. Wiesbadener Schüler und die 5.100 Studierenden der Hochschule RheinMain müssen unter sich verschlechternden Bedingungen lernen – die Begründung: für Sanierung der Gebäude, mehr Computearbeitsplätze, bessere Bibliotheken und mehr Lehrpersonal ist kein Geld vorhanden. Was für die Allgemeinheit gilt, muss deswegen bei den Regierenden in Stadt und Land nicht für die Kinder reicher Eltern zutreffen: Für die haben CDU, FDP und die Grünen in Landesregierung und Wiesbadener Stadtparlament rund 50 Millionen Euro an Fördergeldern übrig: für den Ausbau der privaten EBS Universität für Wirtschaft und Recht.

Die EBS ist eine privat finanzierte Hochschule. Dutzende Großkonzerne stehen auf ihrer Unterstützerliste, etliche ihrer Vorstände engagieren sich in ihrem Stiftungsrat, dem auch der Wiesbadener Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) und der FDP-Fraktionsvorsitzende in Wiesbaden und im hessischen Landtag, Florian Rentsch, angehören.

Während die öffentlichen Hochschulen unter dem Hochschulpakt finanziell in die Knie gehen, hat die CDU-FDP-Landesregierung gerade mal eben 40 Millionen Euro für die Förderung einer

einzigsten privaten Hochschule zur Verfügung. Und auch der Stadt scheinen die in Spitzenzeiten bis zu 800 Studierenden mehr wert zu sein als die vielen Schüler, die sich an maroden Schulen und unter schlechten Bedingungen ihren Bildungserfolg und sozialen Aufstieg hart erkämpfen müssen: Das haben die künftigen Studierenden der EBS nicht nötig. Dem Nachwuchs der europäischen Geld-Elite reicht das Familienvermögen. Denn um hier studieren zu können, zählen nicht Leistung und Noten, sondern vor allem das Geld: rund 13.000 Euro Studiengebühren im Jahr soll das Studium an der neuen juristischen Fakultät, der „Law School“, künftig kosten. Im Klartext heißt das: An öffentlichen (Hoch-)Schulen bröckelt der Putz von der Decke, während den Kindern reicher Eltern eine exklusive Ausbildung geboten wird. Das verstehen CDU und FDP also unter Bildungsgerechtigkeit!

Hochschulpräsidenten protestierten

Bei den öffentlichen Hochschulen setzt die Landesregierung hingegen den Rotstift an. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und allen Lippenbekenntnissen über die Bedeutung der Bildung zum Trotz werden diese 2011 30 Millionen Euro weniger bekommen. Nur unter Protest stimmten die Präsidenten der hessischen Hochschulen im Mai 2010 dem so genannten „Hochschul-

pakt“ mit der Landesregierung zu, in dem die Finanzierung der hessischen Hochschulen für die Jahre 2011 bis 2015 geregelt ist. Acht der zwölf Hochschulpräsidenten erklärten, dass sie die Sparziele des Landes missbilligten und dem Pakt nur gezwungenermaßen zustimmen würden. Denn die Regierung hatte Hochschulen, die sich dem Spardiktat widersetzen wollten, die Pistole auf die Brust gesetzt: Wer nicht unterschreibe, riskiere, noch weniger Geld bekommen. Auch der massive Protest von 10.000 Studierenden, Professoren und Hochschulmitarbeitern konnte CDU und FDP nicht von ihren Kürzungsplänen abbringen.

Die LINKE-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag und hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion, Janine Wissler, machte in der Landtagsdebatte Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) klar, was ihre Fraktion von diesem Diktat hält: „Wenn Sie das unter Partnerschaft verstehen, sollte man Ihnen künftig besser aus dem Weg gehen. Die hessischen Hochschulen sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Durch die Kürzung weiterer 30 Millionen pro Jahr und angesichts steigender Studierendenzahlen droht eine Bildungsmisere nie gekannten Ausmaßes. Es drohen Schließungen ganzer Fachbereiche. Studierende, Professoren und viele Hochschulpräsidien sind sich einig: die Pläne der Landesregierung sind unzumutbar“, sagte Wissler.

P Public-Private-Partnership (PPP). Form der vorgeblich partnerschaftlichen Realisierung von öffentlichen Bauprojekten durch Privatunternehmen und Investoren. Das Ergebnis ist immer das Gleiche: Den Profit machen die Unternehmen, die Rechnung bezahlt die Bevölkerung. Das Land Hessen unterstützt die ungleiche Kooperation durch die Gründung des „PPP-Kompetenzzentrums“ und trägt damit nach eigener Aussage „dem großen Interesse der Bauwirtschaft an PPP-Projekten“ Rechnung. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Q Qualifikation. Bei der Besetzung von wichtigen Führungspositionen wie der Präsidentenstelle für die Hessische Bereitschaftspolizei durch den damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier entscheidendes Kriterium für die Entscheidung für einen Parteifreund, obwohl das Verfahren vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) untersagt worden war.

R Rhön-Klinikum. Klinik-Konzern und Käufer der von der Landesregierung fusionierten mittelhessischen Universitätskliniken in Gießen und Marburg. Die Befürchtungen der Betriebsräte, mit der Privatisierung werde es zu steigendem Arbeitsdruck, Lohnkürzungen und Entlassungen kommen, bewahrheiten sich. Mehr als 500 Mitarbeiter aus nicht-medizinischen Bereichen wurden in eine Service GmbH ausgelagert. Ihnen drohen erhebliche Einkommenseinbußen.

S Schrottreaktor ➔➔➔ Biblis. Der Reaktorblock Biblis A, seit 1974 am Netz, ist der älteste Atommeiler Deutschlands. Biblis B ist lediglich zwei Jahre jünger. Die beiden Druckwasserreaktoren haben eine lange Pannengeschichte. Stand der bekannten Fälle bei Druck dieser Zeitung: 842. Biblis A und B sind die einzigen Atomkraftwerke in Deutschland, die nicht über externe Notstandswarten verfügen.

T Tankstellen-Connection. Anfang der 1980er-Jahre schlossen sich Nachwuchspolitiker der Jungen Union Hessen zu so genannten „Tankstellen-Connection“ zusammen. Der Seilschaft gehören neben Ex-Ministerpräsident Roland Koch der heutige Ministerpräsident Volker Bouffier, Ex-Finanzminister Karlheinz Weimar, Ex-Kultusministerin Karin Wolff sowie Ex-Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung an. Die Berufung sämtlicher Mitglieder des Zusammenschlusses in Ministerämter belegt einmal mehr, worauf es in der hessischen CDU ankommt, um Karriere zu machen: die richtigen Verbindungen.

U Untersuchungsausschüsse. Mittel in der parlamentarischen Demokratie, intransparente Vorgänge der Regierung durch ein Gremium aus Abgeordneten aller Parteien aufzuklären. In Hessen geläufiger als in anderen Bundesländern, da die Regierung durch die Besetzung von öffentlichen Posten durch minder qualifizierte Parteifreunde, Vergabe von öffentlichen Aufträgen an CDU-nahe Unternehmen, Mobbing und Entlassung von missliebigen Steuerfahndern sowie Schwarzgeldkonten zur Finanzierung des eigenen Wahlkampfes reichlich Anlässe dafür liefert.

V Verkehrspolitik. Politikfeld, in dem die Landesregierung vor allem auf Großprojekte im Bereich Straße und Luftverkehr setzt. ➔➔➔ Naturschutz

W Wisconsin, US-amerikanischer Bundesstaat, seit 1976 offizieller Partner des Landes Hessen, ist Ideengeber für manche falschen Entwicklungen im sozialpolitischen Bereich (Wisconsin Works – Hartz IV). 2003 forderte der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) unter dem Eindruck einer Reise nach Wisconsin eine Radikalreform der Arbeitslosenhilfe. Unter dem Motto „Arbeit statt Stütze, Sprungbrett statt Hängematte!“ propagierte er eine Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose.

X Xenophobie. Griechisch für Fremdenfeindlichkeit oder Fremdenangst. Unterschwellig vorhandene Ressentiments in einem Teil der Bevölkerung, die Roland Koch in Wahlkampf-Kampagnen für sich zu nutzen versuchte.

Y Ypsilanti, Andrea. 2003 bis 2009 Vorsitzende der hessischen SPD sowie von 2007 bis 2009 Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Scheiterte 2008 mit dem Versuch, eine Minderheitsregierung von SPD und Grünen unter Tolerierung durch DIE LINKE auf die Beine zu stellen, an vier Mitgliedern ihrer Fraktion.

Z Zentralabitur. 2007 in Hessen eingeführt, kam es im Fach Mathematik mehrfach zu peinlichen Pannen. 2009 waren einige Aufgaben nur schwer oder gar nicht zu lösen. Betroffen waren rund 15.000 Schüler, die ihre Abiturprüfung in diesem Fach nachschreiben mussten.

Gewinnspiel

Zu gewinnen gibt es 10 x 2 Tagesbesuche bei der LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag mit freier Anreise, Teilnahme an Plenarsitzung und Gespräch mit Abgeordneten. Termin: Mai 2011.

Lösungswort per E-Mail an die-linke@ltg.hessen.de oder per Post an DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3 65183 Wiesbaden

Lösungswort:

1	2	3	4	5

Es entscheidet das Datum des Eingangs.

Gemeinschaftswährung	Deutsches Schulsystem ist --	Wurzelgemüse	brutalster möglicher Karrierist (Nachn.)	genug! (ital.)	Viehhüter (poet.)	niedere Wasserpflanzen	franz. Mittelmeerhafen
➔			Schrottreaktor in Hessen		2	1	
Nebenfluss des Rheins	3				künftig erst mit 67	schleunigst, umgehend	
Kfz.-Z.: Gotha			engl.: Straße				
Film: außerirdischer		widerlich finden (sich...)	Halbwüchsigler				
sächs. Stadt an der Elbe				skandinav. Männername	Produkt aus Sojabohnen	geripptes Gewebe	
Gegner Luthers		4	Nutztier der Lappen	Schlangengart			
➔			ital. Bildhauer		5		
Nebenfluss des Rheins		Siegerin d. Grand Prix 2010			Partei d. Besserverdienenden		
poet.: Nadelwald			fließendes Gewässer				

sener Falschaussage in dieser Sache hessischer Ministerpräsident (1999-2010). In dieser Zeit wuchs der Schuldenberg Hessens von 29,5 auf 38,5 Milliarden Euro an. Koch war Initiator der ➔➔➔ „Operation Sichere Zukunft“.

L Lügen und leugnen. Typisches Verhalten von führenden hessischen CDU-Politikern in zahlreichen Affären wie der Schwarzgeldaffäre.

M Mauscheleien. Während der Regierungszeit von Roland Koch übliche Form des politischen Geschäfts bei der Besetzung von öffentlichen Posten durch minder qualifizierte Parteifreunde, Vergabe

von öffentlichen Aufträgen an CDU-nahe Unternehmen, Mobbing und Entlassung von missliebigen Steuerfahndern sowie Schwarzgeldkonten zur Finanzierung des eigenen Wahlkampfes. Durch ungeschicktes Vorgehen oder Indiskretionen wurden viele ~ öffentlich bekannt und beschäftigen Gerichte und heute noch ➔➔➔ Untersuchungsausschüsse.

N Naturschutz. Der Naturschutzverband BUND bescheinigt den schwarzen und schwarz-gelben Landesregierungen der beiden vergangenen Wahlperioden einen „Frontalangriff gegen den Naturschutz in Hessen“ und kritisiert die „perfekte Dis-

tanzlosigkeit gegenüber Straßenbau- und Asphaltwirtschaft, Atom-, Chemie- und Luftfahrtwirtschaft“.

O „Operation Sichere Zukunft“. Mit dem 2003 beschlossenen so genannten Zukunftssicherungsgesetz versuchte sich Roland Koch als harter Haushaltssanierer darzustellen. Als Teil der „Operation Sichere Zukunft“ wurden die freiwilligen Leistungen des Landes um ein Drittel gekürzt. Betroffen waren Jugend- und Familienhilfe sowie Erziehungsberatungsstellen. Trotz Massenprotesten setzte Koch die radikalen Sparmaßnahmen durch, die Folgen für das soziale Netz sind heute noch spürbar.